

Jerry Weyer

# Standortschutz

## Die Luxemburger Europaabgeordneten und die nationalen Interessen

„Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sind nach Maßgabe ihrer politischen Nähe und nicht nach Staatsangehörigkeit zusammengeschlossen“ – so beschreibt das Europäische Parlament (EP) auf seinem Internetauftritt den Zusammenschluss der gewählten Mitglieder des Parlaments in sieben Europafractionen.<sup>1</sup> Dies suggeriert, dass die Mitglieder des EPs weniger ihrer Staatsangehörigkeit, als vielmehr ihren politischen Idealen in der Fraktion verpflichtet sein sollen. Auf den ersten Blick folgen die sechs luxemburgischen Abgeordneten diesem Prinzip – doch gerade wenn die finanz- und steuerpolitischen Standortvorteile des Großherzogtums auf dem Spiel stehen, tendieren besonders die CSV-Abgeordneten dazu, die nationalen Interessen vor die politischen Leitlinien ihrer Fraktion zu stellen.

### Vorbildliche Abgeordnete aus Luxemburg – sagen die Zahlen

Ein Blick auf die Statistik der aktuellen Legislaturperiode zeigt eine vorbildliche Arbeit der sechs luxemburgischen Mitglieder des EP. Die Abgeordneten von CSV, LSAP, DP und Déi Gréng waren im Durchschnitt bei 94,4 %<sup>1</sup> aller Sitzungen präsent; der CSV-Abgeordnete Georges Bach saß seit Juni 2009 sogar bei 100 % der 203 öffentlichen Sitzungen im Plenum. Mit 88 % Beteiligung an Abstimmungen belegen die luxemburgischen Europaabgeordneten den vierten Platz unter allen 27 im Parlament vertretenen Mitgliedsstaaten. Auch bei der Anzahl der

eingereichten Änderungsanträge liegen die Abgeordneten im vorderen Mittelfeld; Astrid Lulling (CSV) ist eine besonders

---

### Wem sind die Mitglieder des Europäischen Parlaments überhaupt verpflichtet? Ihren WählerInnen, ihrem Herkunftsland, oder gar allen europäischen BürgerInnen?

---

fleißige Antragstellerin mit über 130 Anträgen seit Beginn der Legislaturperiode 2009.

An den Europaabgeordneten soll es also nicht liegen, dass Luxemburg im EP keinen guten Ruf genießt, wie es der LSAP-Abgeordnete Robert Goebbels kürzlich formulierte. Die Zahlen zeigen allerdings nur eine Seite der Arbeit der Abgeordneten – was schließlich zählt, ist die inhaltliche Positionierung der gewählten VertreterInnen; und hier zeigen einige Beispiele, dass die luxemburgischen Abgeordneten traditionelle nationale Interessen der europäischen Vereinigung vorziehen.

### Der Schutz des Finanzstandorts Luxemburg

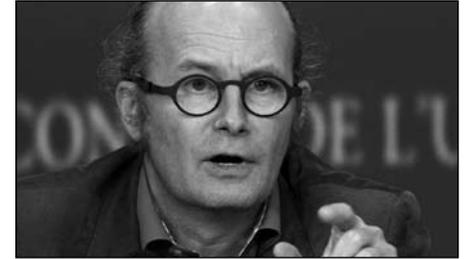
Nicht nur die luxemburgische Regierung hat sich in der Vergangenheit auf europäischer Bühne isoliert, wenn es um den Erhalt des luxemburgischen Finanzplatzes ging, auch die Abgeordneten stimmten gegen große Mehrheiten, um die nationa-

len Interessen des Großherzogtums gegen die Interessen der EU-Partnerstaaten zu schützen. Es überrascht kaum, dass auch bei Abstimmungen, die den luxemburgischen Finanzstandort betrafen, luxemburgische Europaabgeordnete gegen ihre Fraktionen „rebellierten“ und sich für die für Luxemburg günstigere Alternative entschieden.

Über 83 % der Mitglieder des EP stimmten im Februar 2010 für eine verstärkte Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Der Alvarez-Bericht sieht unter anderem den automatischen Austausch von Steuerinformationen vor – ein Vorhaben, das der luxemburgischen Regierung ein Dorn im Auge war. Doch auch die Europaabgeordneten wandten sich gegen ihre Fraktionen; fünf der sechs luxemburgischen Mitglieder des EP enthielten sich, oder stimmten im Plenum gegen den Bericht.<sup>4</sup> Unterstützt wurden die Abgeordneten dabei aus Österreich – in der konservativen EVP-Fraktion stimmten neben den luxemburgischen Abgeordneten nur noch die österreichischen Vertreter geschlossen gegen den Antrag. Robert Goebbels erklärte seine Enthaltung mit der in dem Bericht geäußerten Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch, der seiner Meinung nach die Privatsphäre

---

Jerry Weyer (27) bloggt auf [www.jay.lu](http://www.jay.lu) zu den Themen Transparenz, Bürgerbeteiligung und verfolgt auf [www.politikercheck.lu](http://www.politikercheck.lu) die aktuelle Tagespolitik und die Arbeit des nationalen und europäischen Parlaments.



der EU-BürgerInnen verletzen würde. Der LSAP-Abgeordnete befürwortete dagegen in einem Blogbeitrag vom 10. Februar 2010 das Modell der Quellensteuer – ein Vorschlag, der so auch von der luxemburgischen (und österreichischen) Regierung unterstützt wurde.

Auch in weiteren Abstimmungen zeigt sich ein Hauch von nationalem Protektionismus bei den Europaabgeordneten. Der Vorschlag für eine Richtlinie über ein gemeinsames Finanztransaktionssteuersystem vom Mai 2012 wurde von Astrid Lulling entgegen der EVP-Position abgelehnt und Frank Engel und Charles Goerens enthielten sich gegenüber dem überwiegenden „Ja“ ihrer Fraktionsmitglieder. Auch im Dezember 2012 stimmten Frank Engel und Charles Goerens nicht für eine „verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer“.

### **E-Book-Standortvorteil vs. Europäischer Binnenmarkt**

Anfang 2012 wurde in Luxemburg der Steuersatz auf E-Books auf 3 % gesenkt – der gleiche Wert, der auch für gedruckte Bücher gilt. Eine EU-Richtlinie definiert allerdings den Verkauf von E-Books als Dienstleistung und somit darf der Mehrwertsteuersatz in den Mitgliedsstaaten nicht unter 15 % fallen. Der neue Steuersatz ist womöglich illegal<sup>5</sup> – bringt dem luxemburgischen Staat allerdings erhebliche Markt Vorteile im Onlinebuchhandel. Mit Amazon und iTunes haben zwei

Riesen im E-Book-Geschäft ihren Sitz in Luxemburg und können dort – dank ermäßigtem Steuersatz – auf eine weitaus größere Gewinnmarge auf E-Books hoffen als in anderen EU-Mitgliedsstaaten. Bis 2015 nämlich gilt für Privatpersonen beim Kauf von E-Books im Internet der Mehrwertsteuersatz des Firmensitzes des Verkäufers; für Amazon oder iTunes das Großherzogtum. Ein Standortvorteil, der womöglich auf einer illegalen Praxis beruht und auf Kosten der europäischen Nachbarn internationale Unternehmen anlocken soll – mit der Unterstützung der luxemburgischen CSV-Abgeordneten.

Als einzige EVP-Abgeordnete, zusammen mit ihren drei irischen Kollegen und einem deutschen Vertreter, enthielten sich die CSV-Abgeordneten Georges Bach, Frank Engel und Astrid Lulling einige Wochen vor der Einführung des neuen Mehrwertsteuersatzes im November 2011 im EP bei der Abstimmung über die Entschließung „zur Modernisierung der MwSt.-Rechtsvorschriften zur Ankerbelung des digitalen Binnenmarkts.“<sup>6</sup> Dieser Text, für den 82 % der Mitglieder des EP gestimmt haben, weist zwar darauf hin, dass die aktuelle Fassung der Richtlinie „ein Hindernis für die Entwicklung neuer digitaler Dienstleistungen“ sei, unterstreicht allerdings auch, dass für E-Books ein Steuersatz von 15 % gilt. Außerdem wird vorgegeben, dass spätestens ab 2015 der Standort der Käufer, nicht der Sitz der Verkäuferunternehmen für die Wahl des Mehrwertsteuersatzes ausschlaggebend

sein soll. Punkte, die dem luxemburgischen Staat den Standortvorteil geraubt hätten und die aktuelle Praxis, E-Books mit 3 % Mehrwertsteuer zu belegen, untergraben hätte.

Im Januar 2007 sagte Astrid Lulling auf „Astrid Lulling TV“, dass es „angebracht wäre einen gemeinsamen, digitalen Binnenmarkt auf die Beine zu stellen.“ Im November 2011 allerdings war der luxemburgische Standortvorteil wohl doch interessanter; obwohl sich die CSV-Abgeordneten offen für den europäischen Binnenmarkt aussprechen, stimmten sie im Europaparlament gegen ihre EVP-Fraktion in Sachen E-Books.

### **Die Unabhängigkeit der Abgeordneten hat Grenzen**

Wem sind die Mitglieder des Europäischen Parlaments überhaupt verpflichtet? Ihren WählerInnen, ihrem Herkunftsland oder gar allen europäischen BürgerInnen? Die Mitglieder des EP selber legten in ihrem Beschluss zum Abgeordnetenstatut im Jahre 2005 fest: „Die Abgeordneten sind frei und unabhängig“.<sup>3</sup> An Weisungen, aus dem Herkunftsland, von nationalen Regierungen oder Parteien, müssen sie sich nicht halten.

In einer lebendigen Demokratie ist blinder Fraktionszwang keinesfalls erwünscht. Abweichungen in den Abstimmungen zu denen der Fraktionsmehrheit müssen dabei nicht immer auf den Schutz

nationaler Interessen zurückzuführen sein. Die persönlichen Überzeugungen der Abgeordneten kommen im EP öfters zur Geltung als in denen vom Fraktionszwang zum Einheitsbrei verkommenen nationalen Parlamenten. Dies spiegelt sich auch in den Abstimmungsergebnissen wieder: Robert Goebbels z. B. ist ein Skeptiker in Sachen Klimaschutz, Frank Engel und Astrid Lulling stehen Gleichstellungsmaßnahmen zwischen Frauen und Männern kritisch gegenüber.

Trotzdem zeigt sich auch immer wieder die Verbundenheit der Europaabgeordneten zu ihrem Wahl- und Heimatland, oder den Positionen der nationalen Regierungs- und Parteilinien. Überraschend ist diese Verbundenheit nicht: bis zur ersten direkt-demokratischen Wahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1979 wurde das Parlament (damals noch die „Gemeinsame Versammlung“ genannt) aus Abgeordneten der nationalen Parlamente zusammengesetzt. In doppeltem Mandat sollten diese Abgeordneten sowohl in ihrem Heimatland als auch auf europäischer Bühne ihr Volk vertreten – ein schwieriger Spagat.

### „Europäisierung“ des EP

Kann man national gewählten Abgeordneten vorwerfen, nationale Interessen zu vertreten? So lange das Europaparlament

in Wahlbezirken identisch mit denen der Landesgrenzen gewählt wird, werden ihre Abgeordneten sich den Interessen der WählerInnen in diesem Bezirk verpflichtet fühlen. Auch sollte das Problem nicht überbewertet werden; so ergibt eine Studie der Plattform [Votewatch.eu](http://Votewatch.eu), dass im aktuellen europäischen Parlament die Mitglieder „in erster Linie gemäß transnationaler politischen Linien als gemäß nationaler Linie“ abstimmen.<sup>7</sup> Trotzdem müssen sich einige luxemburgische Europaabgeordnete den Vorwurf gefallen lassen, dass wenn traditionelle Interessen des Großherzogtums auf dem Spiel stehen, ihre Entscheidungen zuweilen gegen die oft verkündete europäische Einigung und den gemeinsamen Binnenmarkt, und eher in Richtung Erhalt der luxemburgischen Standortvorteile tendieren.

Seit 1979 wird das Europaparlament direkt von den EU-BürgerInnen gewählt, mit dem Lissabon Vertrag wurde die Macht der einzig demokratisch legitimierten Institution der EU ausgeweitet. Damit diese Entwicklung einer echten Repräsentation der EU-BürgerInnen im Parlament voranschreiten kann und die europäischen statt der nationalen Interessen in den Vordergrund rücken, muss die Zusammensetzung des Parlamentes weiter „europäisiert“ werden. Eine gerechtere Verteilung der Wahlkreise (die Stimmen der luxemburgischen Abgeordneten haben immer noch

überproportional viel Gewicht im Vergleich zu der repräsentierten Bevölkerung) und gleiche politische Rechte für EU-BürgerInnen in allen EU-Mitgliedsstaaten müssen gefördert werden.

Doch auch hier stoßen europafreundliche Reden mit der politischen Realität in Luxemburg aufeinander: als einziger Mitgliedsstaat fordert Luxemburg eine Mindestresidenzdauer für nicht-luxemburgische EU-BürgerInnen bevor diese bei EU-Wahlen wählen oder kandidieren dürfen. Der luxemburgische Europa-Enthusiasmus stößt wohl nicht nur bei Finanzplatz und Steuergeschenken an seine Grenzen.

1 Die aktuell 27 fraktionslosen Abgeordneten („non-inscrits“) gehören keiner Europafraktion an.

2 Alle Zahlen und Statistiken sind von [www.votewatch.eu](http://www.votewatch.eu) und [www.parltrack.euwiki.org](http://www.parltrack.euwiki.org) zusammengestellt.

3 Artikel 2, Beschluss des Europäischen Parlaments vom 28. September 2005 zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments.

4 Claude Turmes nahm an der Abstimmung nicht teil.

5 Es läuft zur Zeit ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Luxemburg und Frankreich in dieser Sache.

6 Charles Goerens und Claude Turmes stimmten nicht ab, Robert Goebbels stimmte mit seiner Fraktion für die Entschließung.

7 [Votewatch.eu](http://Votewatch.eu), Voting in the 2009-2014 European Parliament: How do MEPs Vote after Lisbon? (Third Report)

